



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Telex-Nr. 1370
DVR: 0000019

GZ 600.076/4-V/4a/96

An das
Präsidium des
Nationalrates

in Wien

BUNDESKANZLERAMT	
Zl. 39	-GE/19-96
Datum: 11. JUNI 1996	
Verteilt 12.6.96	

S. Hajek

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übersendet 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1996.

5. Juni 1996
Für den Bundeskanzler:
OKRESEK

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Telex 1370-900 Telefax 531 15/2699
DVR: 0000019

GZ 600.076/4-V/4a/96

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
A-1010 Wien

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Hesse

4360

20.353/15-1/96
21. Mai 1996

Betrifft: Entwurf eines Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1996;
Begutachtung

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst erlaubt sich zu dem gegenständlichen Gesetzesentwurf folgende Bemerkungen abzugeben:

I.

Allgemeine Bemerkungen:

In einer Vielzahl von Änderungen werden Teile eines Absatzes oder eines Satzes geändert. Gemäß Richtlinie 122 der Legistischen Richtlinien 1990 sind grundsätzlich nur vollständige Gliederungseinheiten zu novellieren.

Entgegen der in § 14 BHG statuierten Verpflichtung sind dem vorliegenden Gesetzesentwurf keine Berechnungen über die finanziellen Auswirkungen dieses Gesetzes angeschlossen.

- 2 -

II.

Zu den einzelnen Bestimmungen:Zu Z 31 (§ 31 Abs. 8):

Die rückwirkende Erlassung von Verordnungen aufgrund einer ausdrücklichen gesetzlichen Grundlage ist zulässig (vgl. Richtlinie 47 der Legistischen Richtlinie 1990). Es darf jedoch auf die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes hingewiesen werden, der rückwirkende, belastende bzw. benachteiligende Eingriffe in Rechtspositionen (beispielsweise dienst-, besoldungs- oder pensionsrechtlicher Art) streng am Gleichheitssatz hinsichtlich ihrer sachlichen Rechtfertigung prüft (vgl. v.a. VfSlg. 11.869/1988 und VfSlg. 12.479/1990).

Zu Z 37 (§ 43):

Auf Richtlinie 26 der Legistischen Richtlinien 1990 und das dort angeführte Beispiel wird hingewiesen. Es wäre besser, die Begriffe "Zahlungsempfänger" und "Leistungsempfänger" durch das Wort "und" zu verbinden, anstatt die Alternative in Klammer nachzustellen.

Zu Z 57 (§ 90 Abs. 2):

Gemäß Richtlinie 59 der Legistischen Richtlinie 1990 darf eine "entsprechende" Anwendung anderer Rechtsvorschriften nicht angeordnet werden. Es ist entweder uneingeschränkt auf die anderen Rechtsvorschriften in ihrer bestehenden Fassung zu verweisen oder aber anzugeben, mit welcher Maßgabe sie angewendet werden sollen.

Zu Z 58 (§ 91):

Gemäß Richtlinie 59 der Legistischen Richtlinie 1990 hätte die "entsprechende" Anwendung zu entfallen. Der Verweis auf das Bezügegesetz wäre durch die Fundstelle der Stammfassung zu ergänzen (vgl. Richtlinie 131 der Legistischen Richtlinie 1990).

Zu Z 68 (§ 123 Abs. 9):

Zur geplanten Ergänzung des § 123 Abs. 9 ASVG weist der Verfassungsdienst auf seine an das do. Bundesministerium ergangene Stellungnahme vom 1. Oktober 1985, GZ 600.076/12-V/2/85, hin. In dieser Stellungnahme hat der Verfassungsdienst eine Regelung, die die in § 1 Abs. 1 des Notarversicherungsgesetzes 1972 angeführten Personen von einem Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung als Angehörige ausschließt, als

verfassungsrechtlich bedenklich angesehen. Dies vor allem deshalb, weil das Notarversicherungsgesetz 1972 nur eine Pensionsversicherung für die von diesem Bundesgesetz erfaßten Personen anordnet, wobei eine gesetzliche Krankenversicherung für Notare auch in anderen Gesetzen nicht vorgesehen ist. Die von § 1 Abs. 1 (bzw. § 3) des Notarversicherungsgesetzes 1972 erfaßten Personen können daher - im Gegensatz zu den von § 123 Abs. 9 ASVG sonst erfaßten Personen - nicht einmal "potentiell" in eine gesetzliche Pflicht(Kranken)versicherung einbezogen werden.

Wenn nun in den Erläuterungen (vgl. Seite 33) die Behauptung aufgestellt wird, die Berufsgruppe der Notare als freiberuflich selbständig Erwerbstätige sei durchaus anderen im Inland tätigen Gruppen freiberuflich selbständig Erwerbstätiger, wie sie etwa in § 2 Abs. 1 FSVG angeführt sind, vergleichbar, so ist diese Feststellung im Lichte der obigen Ausführungen des Verfassungsdienstes zu hinterfragen.

Der Verfassungsdienst übersieht nicht, daß eine Gleichbehandlung der Notare im geltenden § 123 Abs. 9 ASVG mit Familienangehörigen ohne Erwerbseinkommen im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit und die Möglichkeit, verhältnismäßig hohe Einkommen zu erzielen, ebenso bedenklich ist. Der (beitragsfreien) Einbeziehung von einkommenslosen Angehörigen von unselbständig erwerbstätigen Versicherten liegt der Gedanke zugrunde, Kinder und Familienangehörige, die im Interesse der Kindererziehung auf eine eigene Berufstätigkeit verzichten, im Lichte ihrer Einkommenslosigkeit beitragsfrei in die Sozialversicherung einzubeziehen. Das solche Überlegungen auf Notare nicht zutreffen, liegt auf der Hand.

Der Verfassungsdienst meint daher, daß eine verfassungsrechtlich unbedenkliche Regelung nur damit bewirkt werden könnte, daß neben einer Regelung, wie in der gegenwärtigen Ziffer 68 geplant, eine gesetzliche Pflicht(Kranken)versicherung für Notare vorgesehen wird. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, daß die bereits zitierten Ausführungen in den Erläuterungen (Seite 33) möglicherweise auf die freiberuflich selbständig tätigen Notare zutreffen, daß eine Vergleichbarkeit zwischen den in § 2 Abs. 1 FSVG angeführten Personengruppen einerseits und den Notariatskandidaten (vgl. § 2 Z 3 NVG 1972) wohl nicht gegeben sein wird.

Abschließend weist der Verfassungsdienst noch daraufhin, daß der Umstand, das die gesetzliche Interessensvertretung der Notare bisher dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales keinen Wunsch nach Schaffung einer gesetzlichen Pflicht(Kranken)versicherung geäußert hat, an dem oben erzielten Ergebnis nichts zu ändern vermag. Bei der Pflichtversicherung handelt es sich nämlich um Regelungen, die der Gesetzgeber heteronom für Normunterworfenen ohne deren Zustimmung normieren kann. Würde man die Pflichtversicherung regelmäßig von der Zustimmung der davon erfaßten Personen abhängig

machen, so könnte es leicht dazu kommen, daß die Pflichtversicherung nur sogenannte schlechte Risiken erfaßt.

Zu Z 77 und Z 126 (§§ 131 Abs. 5 und 343 Abs. 1):

Aus der Sicht des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst erscheint es im gegenständlichen Fall aus Gründen des Rechtsstaatsprinzips bedenklich, auf eine Bestimmung in einer EG-Richtlinie zu verweisen, die ihrerseits auf andere Bestimmungen der Richtlinie verweist. Es sollte nochmals geprüft werden, ob nicht eine Formulierung gefunden werden könnte, welche den Verweis auf Art. 36 Abs. 2 der Richtlinie 93/17/EWG, Abl. L 165 vom 7. Juli 1993, erübrigt (vgl. Richtlinie 55 der Legistischen Richtlinie 1990).

Zu Z 134 (§ 412 Abs. 6):

Mit Erkenntnis vom 14. Dezember 1992 (VfSlg. 13.305/1992) hat der Verfassungsgerichtshof § 412 Abs. 6 ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 676/1991, als verfassungswidrig aufgehoben. Die Aufhebung trat mit Ablauf des 30. Juni 1993 in Kraft. Im Rahmen der 51. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 335/1993, wurde der erste Satz des § 412 Abs. 6 leg. cit. abgeändert, wobei die Änderung am 1. Juli 1993 in Kraft trat. Das heißt, daß zum Inkrafttretenszeitpunkt der Novelle auch die Absatzbezeichnung "6" nicht mehr dem Rechtsbestand angehört hat. Es wird daher angeregt, im Interesse der Klarheit den gesamten § 412 Abs. 6 ASVG neu zu erlassen.

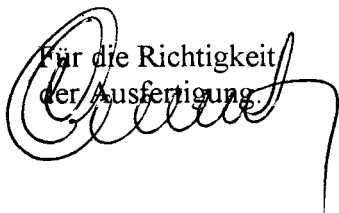
Zu Z 160 (§ 564):

Die unterschiedlichen Inkrafttretenstermine wären in den erläuternden Bemerkungen im Einzelnen zu begründen. Im Hinblick auf das rückwirkende Inkrafttreten einzelner Bestimmungen wäre - soweit dadurch die Rechtsposition von Normunterworfenen verschlechtert wird - jeweils die sachliche Rechtfertigung anzugeben. Es wird in diesem Zusammenhang neuerlich auf die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes (vgl. etwa VfSlg. 11.869/1988, VfSlg. 12.479/1990) hingewiesen, die rückwirkende, belastende oder benachteiligende Eingriffe im Lichte des sogenannten Vertrauensschutzes prüft.

25 Ausfertigungen der gegenständlichen Stellungnahme werden unmittelbar an das Präsidium des Nationalrates übersendet.

5. Juni 1996
Für den Bundeskanzler:
OKRESEK

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'OKRESEK', written over the printed text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung'.